

EDITORIAL



❖ Es ist so weit: Deutschland hat eine neue Regierung, die eine größtmögliche Stabilität verspricht. Eine große Koalition unter einer Kanzlerin Angela Merkel und einem Vizekanzler

Franz Müntefering ist sicherlich das Letzte, was sich die Wähler der Unionsparteien oder der Sozialdemokratie gewünscht hätten, aber gleichwohl haben die Bürger sie herbeigewählt. Und die Politiker der beiden Volksparteien haben nun die Pflicht, im Interesse unseres Landes die Chancen dieses Superbündnisses für eine Politik der Stabilität und des Wachstums zu nutzen. An die informelle Zusammenarbeit zwischen der Schröder-Regierung und den oppositionellen Unionsparteien in den letzten Jahren bei den tief greifenden Reformen der Agenda 2010 und Hartz IV schließt nun eine formelle Kooperation an.

Für viele Unionsanhänger war es gewöhnungsbedürftig, dass die CDU/CSU ihre Blockademacht im Bundesrat nicht wie zuvor die SPD während der Regierung Kohl dazu benutzt hat, um rot-grüne Projekte zu stoppen. Und für die Sozialdemokratie ist es nun gewöhnungsbedürftig, zusammen mit den erbitterten Konkurrenten von gestern sich heute einem Zwang von Harmonie ausgesetzt zu sehen.

Wahrscheinlich war die Bundestagswahl 2005 die letzte, in der wenigstens einer der politischen Wettbewerber vor dem Wahltag offen gelegt hat, womit die Bürger im Fall der Regierungsbildung zu

rechnen haben. Der zurückliegende Bundestagswahlkampf war auch der erste, den die Opposition als Regierungsseite bestritt und in dem die Regierungsparteien den oppositionellen Part spielten. Sein knappes Ergebnis hat die Illusion des mündigen Bürgers zerstört, der es zu honorieren vermag, schon vor der Wahl die politischen Zielsetzungen für die Zeit nach der Wahl zu erfahren.

Gleichwohl scheint dieses Wahlergebnis einer List der Vernunft geschuldet zu sein. Es zwingt die beiden stärksten politischen Kräfte in unserem Land zu einer Zusammenarbeit, um Wege zur Überwindung einer schweren Krise zu finden. Und es führt ein weiteres Stück der inneren Einheit herbei. Erstmals übernimmt eine Persönlichkeit aus der früheren DDR den wichtigsten Posten, den die deutsche Politik zu vergeben hat. Von nicht nur symbolischer Bedeutung ist, dass mit Angela Merkel erstmals eine Frau Bundeskanzlerin wird und so eine Repräsentantin der Hälfte unseres Volkes den Weg an die Spitze gefunden hat. Für den Politikstil in den kommenden Jahren dürfte es von nicht geringer Bedeutung werden, dass erstmals seit 1949 eine Naturwissenschaftlerin die Regierungsgeschäfte leitet. Das verspricht jene Nüchternheit des Urteils, die in den letzten Jahren so schmerhaft vermisst wurde.

Die neue Regierung kann sich im Deutschen Bundestag auf siebzig Prozent der

Mandate stützen. Und sie hat im Bundesrat keinen parteipolitisch motivierten Gegenwind zu erwarten. Alles, worüber die große Koalition Konsens zu erzielen vermag, ist durchsetzbar. Das ist keine schlechte Ausgangslage für eine kraftvolle Politik.

Auch die so rasch vergessene erste Regierung der Großen Koalition 1966 bis 1969 hat eine kraftvolle und nachhaltig wirkende Politik gestalten können. Niemals zuvor und auch nicht danach wurde in so kurzer Zeit so viel bewegt: erfolgreiche Anstrengungen zur Sanierung des Haushaltes, Finanzverfassungsreform, rechtspolitische Innovationen, Notstandsgesetzgebung, eine vorsichtige Öffnung in der Außenpolitik. Nur die ebenfalls in den Koalitionsvereinbarungen beschlossene Wahlrechtsreform kam nicht zu Stande, die die Existenz der FDP gefährdet hätte. Das ist einer der Gründe, warum diese erste Regierungszusammenarbeit zwischen den beiden Volksparteien so rasch in Vergessenheit geraten ist.

Die der damaligen Großen Koalition vorausgegangene Krise war ein Haushaltungsproblem, dessen Dimensionen aus heutiger Sicht lächerlich gering waren. Die Heilung der Krise kam damals aus den Ländern. Der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger wurde nach Adenauer und Erhard Bundeskanzler, der Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt wurde Vizekanzler, beide waren Außenseiter der Bonner Szene. Personell war die damalige Große Koalition ein Signal der Vergangenheitsbewältigung. Kiesinger war formelles NSDAP-Mitglied gewesen, Willy Brandt Emigrant. Herbert Wehner, ein ehemaliger Kommunist, wurde Minister für Gesamtdeutsche Fragen. Eine kleine bundesrepublikanische Vergangenheitsbewältigung kam dazu. Franz-Josef Strauß, der durch die Spiegel-Krise sein Amt als Verteidigungsminister ver-

lor, trat in das Kabinett Kiesinger als Finanzminister ein, und sein damaliges Opfer, Conrad Ahlers, wurde stellvertretender Regierungssprecher.

Obwohl das Bundestagswahlergebnis von 1965 der Union einen Vorsprung von mehr als acht Prozentpunkten vor der SPD beschert hatte, zogen zehn Unionsminister und neun SPD-Minister in das Kabinett Kiesinger ein. Beide Parteien schickten ihre Schwergewichte. Die Union braute Hans Katzer mit dem Arbeits- und Sozialministerium, CDU-Generalsekretär Bruno Heck mit dem Familienministerium. Wissenschafts- und Forschungsminister blieb Gerhard Stoltenberg, Innenminister wurde erneut Paul Lücke. Für die Landwirtschaft wurde der frühere Innenminister Hermann Höcherl (CSU) zuständig, Postminister wurde Werner Dollinger (CSU). Mit dem Justizressort betraute die SPD den Widersacher Adenauers Gustav Heinemann, der 1969 zum Bundespräsidenten gewählt wurde und so die rot-gelbe Regierungszusammenarbeit antizipierte. Verkehrsminister wurde Georg Leber, einer der starken Gewerkschaftsführer. Carlo Schmid, einer der Väter des Grundgesetzes, wurde Minister für Angelegenheiten des Bundesrates, Lauritz Lauritz übernahm den Wohnungsbau und Hans Jürgen Wischnewski das Ressort für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Als einzige Frau wurde Käthe Strobel für das Gesundheitswesen zuständig.

„In der Riege dieses ‚Über-Kabinetts‘, das an Fertigkeit und Talenten kaum zu übertreffen war“, so urteilt der Bonner Historiker Klaus Hildebrand, „fehlten nur zwei starke Männer der Bonner Szene: Rainer Barzel und Helmut Schmidt.“ Sie übernahmen jeweils den Vorsitz der Regierungsfraktionen und sorgten mit ihrem fast reibungslosen Zusammenwirken für die rasche und erfolgreiche Umsetzung des Regierungsprogrammes. Diese glänzende Zusam-

menarbeit der beiden Fraktionsvorsitzenden erwies sich bald als eine der tragenden Säulen der Großen Koalition. Und auch das Zusammenspiel von Franz Josef Strauß und Karl Schiller ließ das zunächst ungeliebte Regierungsbündnis sehr rasch in der Wertschätzung der Bevölkerung steigen. Fast liebevoll charakterisierten die Medien diese Zusammenarbeit von Wirtschafts- und Finanzminister als „Plisch und Plum“.

Mit zum Erfolg der Großen Koalition trug auch der „Kressbonner Kreis“ bei, das war eine nach dem Urlaubsort Kiesingers benannte informelle Runde, in der Kanzler, Vizekanzler, Wehner, Heck und andere außerhalb des Kabinettstisches für eine positive Atmosphäre in der Koalition sorgten und die gegenseitigen Zumutbarkeiten ausloteten. Dort wurden keine Beschlüsse gefasst, sondern Auswege aus komplizierten Lagen gesucht. Bis zum Beginn des Wahlkampfes im Frühjahr 1969 gelang dies. Auch schon damals war die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers ein Thema. Kiesinger war klug genug, seine Regierungsweise durch Diskussion zu prägen und sich nicht auf seine Richtlinienkompetenz zu berufen. Das ist der Grund dafür, dass – wie Conrad Ahlers formulierte – Kiesinger als „wandelnder Vermittlungsausschuss“ auftrat.

Über die hierfür notwendige Nüchternheit und Selbstdisziplin verfügt auch die Kanzlerin Angela Merkel. Volker Kauder und Peter Struck als Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion beziehungsweise der SPD-Fraktion wissen, welche Sisy-

phus-Arbeit auf sie zukommt, um der großen Koalition zum Erfolg zu verhelfen. Beide sind auch eher pragmatisch orientierte Politiker, die Belangvolles von Belanglosem zu unterscheiden wissen. Keine Koalition ähnelt einer Liebesheirat. Jede ist ein Zweckbündnis auf Zeit, an dessen Beginn immer schon des Endes gedacht wird.

Welche Ironie der Geschichte: Vieles von dem, was die erste Große Koalition unter allgemeinem Beifall zu Stande brachte, nämlich die Finanzverfassungsreform, steht der jetzigen großen Koalition unter dem Stichwort Föderalismusreform als Herausforderung ins Haus, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen. Damals ging es um Verflechtung, heute ist Entflechtung angesagt.

Und noch etwas hat seinerzeit die Große Koalition bewirkt: Die Marginalisierung der parlamentarischen Opposition hatte die außerparlamentarische Opposition beflügelt und zur „Revolte der 68er-Generation“ geführt. Diese Generation ist dann 1998 mit Rot-Grün an die Macht gelangt und wurde 2005 abgewählt, um von einer großen Koalition abgelöst zu werden; und wer hätte am Wahlabend gedacht, dass Gerhard Schröder wenige Wochen später Angela Merkel zur Kanzlerin wählen würde? Politik ist ein ernstes Geschäft, das durch gelegentliches Schmunzeln besser zu ertragen ist. ♦

Wolfgang Beyerdon